



19. Oktober 2018

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **In dieser Sitzungswoche**
- **Bessere Kitas sorgen für bessere Bildung**
- **Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vom digitalen Wandel betroffen sind**
- **Brückenteilzeit beschlossen**
- **Gerechte Finanzierung der Krankenkassenbeiträge – die Parität kommt**
- **Schutz für Mieterinnen und Mieter**
- **Esther Dilcher über das neue Forum Recht**
- **Edgar Franke erhielt Besuch von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis**
- **Es ist Zeit für einen Wechsel in Hessen**

In dieser Sitzungswoche

Dr. Edgar Franke sprach in dieser Woche vor dem Deutschen Bundestag zur Wiedereinführung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung.



Liebe Leser,

auch in dieser Sitzungswoche haben wir wieder eine Reihe an sozialdemokratischen Herzensanliegen im Bundestag beraten und beschlossen und machen damit konkrete sozialdemokratische Politik für ein solidarisches Land.

Übersicht der Gesetzgebungsprojekte

Das **Gute-Kita-Gesetz** steigert Qualität der Kindertagesbetreuung und sorgt dafür, dass mehr Eltern von einer gebührenfreien Kita profitieren können.

Das **Qualifizierungschancengesetz** erweitert den Zugang zur Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit, damit Beschäftigte sich fit machen können für den digitalen Wandel.

Mit der **Brückenteilzeit** schaffen wir endlich nach dem Recht auf Teilzeitarbeit das Recht, in die vorherige Arbeitszeit zurück zu kehren und befreien damit vor allem Frauen aus der „Teilzeitfalle“.

Durch die Wiedereinführung der **Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung** zahlen Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie Arbeitnehmer.

Mieter profitieren vom **Mieterschutzgesetz**, welches Vermieter zur Offenlegung der Vormiete verpflichtet und Mieterhöhungen nach Modernisierungen begrenzt.

Damit setzen wir viele zentrale Punkte aus unserem Wahlprogramm um. Einen nach dem anderen. Wir berichten im Folgenden.

Bessere Kitas sorgen für bessere Bildung



Der in 1. Lesung behandelte Gesetzentwurf unserer Familienministerin Franziska Giffey, sieht vor, die Qualität der Kindertagesbetreuung in Deutschland zu verbessern und die Gebühren schrittweise abzuschaffen.

Die Länder werden bei der Umsetzung vom Bund finanziell unterstützt. Sie können dabei bedarfsgerecht entscheiden, wie sie die finanziellen Mittel einsetzen wollen: für einen besseren Betreuungsschlüssel, für qualifizierte Fachkräfte sowie die Weiterbildung von Fachkräften, zur Betonung der sprachlichen Bildung oder kindgerechte Räume und andere bauliche Maßnahmen. Für die Kitagebühren schreibt der Gesetzentwurf eine bundesweite soziale Staffelung vor. Familien, die Wohngeld, Kinderzuschlag, ALG II, Sozialhilfe oder Asylbewerberleistungen beziehen, sollen von der Gebühr befreit werden.

Die Kompaktinfo Gute-Kita-Gesetz ist diesem Newsletter angehängt. Sie finden sie auch auf www.edgarfranke.de.

Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vom digitalen Wandel betroffen sind

Die Digitalisierung verändert viele Berufe und Berufsbilder. Wir geben Beschäftigten Sicherheit, indem wir Weiterbildung für die ermöglichen, die im Job vom digitalen Wandel betroffen sind. Die Qualifizierungsoffensive von Hubertus Heil haben wir diese Woche in den Bundestag eingebracht.



Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt tiefgreifend. Neues zu lernen, wird immer selbstverständlicher, um am Ball zu bleiben. Wir unterstützen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei. Die Bundesagentur für Arbeit kann künftig Weiterbildung für

Menschen, die vom digitalen Wandel betroffen sind, besser fördern.

Besserer Schutz in der Arbeitslosenversicherung

Wir sichern mehr Menschen in der Arbeitslosenversicherung ab: Wer immer nur für kurze Zeit Arbeit hat, bekommt leichter Arbeitslosengeld. Betroffen sind etwa Beschäftigte in der Gastronomie oder in der Leiharbeit, aber auch IT-Fachleute, die in zeitlich begrenzten Projekten beschäftigt sind. Sie bekommen künftig Arbeitslosengeld, wenn sie innerhalb von 30 Monaten insgesamt 12 Monate versichert waren. Bisher musste die Mindestversicherungszeit innerhalb von nur 24 Monaten erfüllt werden. Eine weitere Absenkung der Hürden scheitert bisher an der Union.

Die Kompaktinfo Qualifizierungschancengesetz ist diesem Newsletter angehängen. Sie finden sie auch auf www.edgarfranke.de.

Brückenteilzeit beschlossen



2./3. Lesung des Regierungsentwurfs eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts – Einführung einer Brückenteilzeit.

Mit der Brückenteilzeit schaffen wir nach dem Recht auf Teilzeit das Recht, in die vorherige Arbeitszeit zurückzukehren. Arbeitszeit kann sich jetzt verschiedenen Lebensphasen – wie Kindererziehung oder Pflege – anpassen. Voraussetzung für einen Rechtsanspruch auf Brückenteilzeit ist: Die Beschränkung der Teilzeitphase auf einen Zeitraum zwischen einem und fünf Jahren, ein Betrieb mit mehr als 45 Beschäftigten, mehr als sechs Monate Betriebszugehörigkeit und eine Antragsstellung ohne Begründung drei Monate vor Beginn der gewünschten Verringerung.

In dem Gesetz wird außerdem die „Arbeit auf Abruf“ neu geregelt. Arbeitgeber dürfen zukünftig nicht mehr als 25% zusätzliche Arbeitszeit von den Arbeitnehmern verlangen und auch nur maximal 20 % weniger Arbeitszeit als vereinbart abrufen.

Die Kompaktinfo Brückenteilzeit ist diesem Newsletter angehängt. Sie finden sie auch auf www.edgarfranke.de.

Gerechte Finanzierung der Krankenkassenbeiträge – die Parität kommt

Der Bundestag hat diese Woche in 2./3. Lesung das GKV-Versichertenentlastungsgesetz verabschiedet. Damit löst die SPD ein Versprechen ein, das sie den Wählerinnen und Wählern gegeben haben. Dies betonte MdB Dr. Edgar Franke in seiner von viel Beifall begleiteten Rede vor dem Deutschen Bundestag.



Ab dem 1.1.2019 werden die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern bzw. Rentnern getragen. Das gilt auch für den kassenindividuellen Zusatzbeitrag. „Wir schaffen mehr Gerechtigkeit im Gesundheitssystem“, betonte Franke. Und weiter: „Mit diesem Gesetz werden die Beiträge

wieder solidarisch zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Versicherten getragen. Denn damit werden künftige Kostensteigerungen auch von den Arbeitgebern mitgetragen. Sie gehen also nicht mehr einseitig zu Lasten der Versicherten. Das ist gut und das ist gerecht!“

Franke fasste das Gesetz zusammen: „Insgesamt werden die Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherung einschließlich der Rentner um rund 8 Mrd. Euro jährlich entlastet. Das ist ein sozialpolitisches Signal, von dem die Bürgerinnen und Bürger profitieren. Unser roter Faden sozialdemokratischer Politik ist der Zugang zu einer bestmöglichen Versorgung, unabhängig vom Wohnort, unabhängig vom Alter und vor allem unabhängig vom Einkommen. Das ist gute Politik für die Menschen in unserem Land!“

Entlastung für kleine Selbständige in der GKV

In den parlamentarischen Verhandlungen ist es der SPD zudem gelungen, weitere Verbesserungen für kleine Selbständige zu erwirken. Viele kleine Selbstständige wirtschaften oftmals nur mit sehr geringen eigenen Vermögenswerten.

Viele, die sich freiwillig gesetzlich versichern, sind von den hohen Beiträgen überfordert. Darum ist es volkswirtschaftlich und sozial gerecht, dass wir die Selbstständigen mit geringem Einkommen entlasten. In seiner Rede im Bundestag führte Franke aus: „Wir senken den Mindestbetrag zur Krankenkasse für Selbstständige mit geringem Einkommen. Sie zahlen ab 01. Januar 2019 nur noch 161 statt 342 Euro. Außerdem beenden wir die absurde Praxis, dass Selbstständige Beiträge auf ein Einkommen zahlen, dass sie gar nicht haben. Auch das ist sozial gerecht, weil diese eben gerade nicht zu den Reichen gehören.“

Bessere Absicherung von ehemaligen Soldatinnen und Soldaten auf Zeit

Mit diesem Gesetz werden weitere Verbesserungen für die Absicherung der Soldatinnen und Soldaten auf Zeit erreicht. Frauen und Männer, die als Soldatinnen und Soldaten ein



Im Gespräch mit Karl Lauterbach.

hohes persönliches Risiko für unsere Sicherheit in Deutschland eingehen, verdienen unseren Respekt, unsere Anerkennung und Solidarität. Sie übernehmen als Angehörige der Bundeswehr Verantwortung für Stabilität und Sicherheit in Deutschland und auch im zivilen Bereich bei Hochwasser, bei schweren Unfällen oder bei der Suche nach Vermissten.

In harten Verhandlungen mit der Union konnten erreicht werden, dass die Soldatinnen und Soldaten auf Zeit, die seit dem 15. März 2012 ausgeschieden und älter als 55 Jahre sind, in die freiwillige gesetzliche Krankenversicherung wechseln können.

„Jetzt schaffen wir für ehemalige Soldaten einen einheitlichen Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung: Wir sichern denen, die vor Dienstantritt gesetzlich versichert waren, ein Rückkehrrecht in die GKV. Und für die, die vor dem Dienstantritt privat oder noch gar nicht versichert waren, wird ein Beitrittsrecht zur GKV als freiwilliges Mitglied geschaffen“, sagt Franke.

Die Kompaktinfo GKV-Versichertenentlastungsgesetz ist diesem Newsletter angehängt. Sie finden sie auch auf www.edgarfranke.de.

Die Rede des Abgeordneten finden Sie auf seiner Homepage unter: <https://www.edgarfranke.de/?id=77> .

Schutz für Mieterinnen und Mieter

Bezahlbarer Wohnraum für alle ist die soziale Frage unserer Zeit. Nicht nur in Ballungsräumen steigen die Mieten seit Jahren stetig an. Die Bautätigkeiten für bezahlbare Mietwohnungen sind zu gering und massive Bodenspekulation verschärft die Situation auf den Wohnungsmärkten.

Die SPD hat das erkannt. Neben dem sozialen Wohnungsbau steht der Schutz der Mieterinnen und Mieter sowie die Unterstützung von Wohnungsneubau oben auf unserer politischen Agenda. In der Bundesregierung und in den Ländern arbeiten wir daher mit vereinten Kräften an einer Verbesserung der Situation. Viele verschiedene Maßnahmen sind dafür notwendig. Mit dem Mieterschutzgesetz, das diese Woche in erster Lesung im Bundestag beraten wurde, legte die SPD ein wichtiges Instrument vor, um den Mietenanstieg zu bremsen und Verdrängung durch Luxussanierungen zu beenden.



Der Gesetzesentwurf von Ministerin Katarina Barley setzt an verschiedenen Stellen an. Vermieterinnen und Vermieter werden verpflichtet, Mieterinnen und Mietern vor Abschluss des Mietvertrags unaufgefordert darüber Auskunft zu erteilen, ob im konkreten Fall eine Ausnahme von der Mietpreisbremse vorliegt, beispielsweise eine höhere Vormiete oder eine

Modernisierung. Nur soweit diese Auskunft erteilt wird, können sich Vermieter auch später auf diese Ausnahme berufen.

Mieterinnen und Mieter können damit von vornherein besser beurteilen, ob die geforderte Miete rechtmäßig ist. Das schafft mehr Transparenz für Mieterinnen und Mieter.

Sollte die Miete dennoch zu hoch sein, sind die Möglichkeiten dagegen vorzugehen nun vereinfacht worden. Das Geschäftsmodell, über Modernisierungen extreme Mietpreissteigerungen durchzusetzen, wird durch das Gesetz beendet. In ganz Deutschland gilt, dass die Miete nur noch um 3 Euro pro Quadratmeter in sechs Jahren erhöht werden darf. Das verhindert extreme Mietsteigerungen und lässt trotzdem noch einen Spielraum für sinnvolle Modernisierungen. Und in Gebieten mit angespannter Wohnungslage, wie zum

Beispiel in Berlin oder Hamburg dürfen anstatt wie bisher 11 Prozent nur noch jährlich 8 Prozent der Modernisierungskosten umgelegt werden.

Zum Leben in der Stadt gehört auch eine Mischung aus Alteingesessenen und immer wieder neu hinzukommenden Bürgerinnen und Bürgern. In Zeiten normaler Wohnungsmärkte ist das ein ganz normaler Prozess. Doch wenn zu wenig Wohnraum zur Verfügung steht, kommt es zu Verteilungskämpfen. Darunter leiden diejenigen, die nicht noch mehr für ihre Wohnung bezahlen können.



In begehrten Wohnlagen kommt es dann sogar zu Fällen des gezielten „Herausmodernisierens“ aus Renditegründen. Das ist ungerecht und darum haben wir durchgesetzt, dass das gezielte Verdrängen und Herausmodernisieren mit Bußgeldern von bis zu 100.000 Euro belegt wird.

Bezahlbarer Wohnraum für alle ist die soziale Frage unserer Zeit. Wir packen sie an und werden weitere Maßnahmen voranbringen, wie beispielsweise eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit 5 Mrd. Euro, eine Erhöhung des Wohngeldes oder mit der verbilligten Abgabe von bundeseigenen Grundstücken an die Kommunen. Darüber hinaus fordern wir einen fünfjährigen inflationsgekoppelten Mietpreisstopp, um Mieterinnen und Mieter kurzfristig zu entlasten. Das ist Politik für ein solidarisches Land.

Forum Recht

In Karlsruhe soll mit dem Forum Recht ein Botschafter für das Recht, unseren Rechtsstaat und die freiheitlich-demokratische und rechtsstaatliche Grundordnung entstehen.

Recht prägt den Alltag von Menschen und der Rechtsstaat ist das Rückgrat der Demokratie. Früher galt: Die Gerichte sprechen durch ihre Urteile, das Parlament durch die Gesetzgebung.

Die Lage wird zusätzlich durch populistische Parteien verschlechtert, die gezielt versuchen, die Gesellschaft zu spalten und gegen die „alteingesessenen Parteien“ hetzen und dem Rechtsstaat Versagen vorwerfen. „Daher begrüße ich die Idee, in Karlsruhe ein Forum Recht entstehen zu lassen, außerordentlich“, sagt die Abgeordnete Esther Dilcher, die auch Mitglied des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag ist.



„Wie auf einem echten Marktplatz, wo ich mit Nachbarn, Bekannten, aber auch fremden Menschen ins Gespräch komme, soll das Forum neben einem traditionellen Museum auch über Formate der aktiven Bürgerbeteiligung und über virtuelle Angebote verfügen“, so Dilcher weiter.

Menschen aller Altersstufen, Bildungsgrade und sozialer Hintergründe sollen sich angesprochen fühlen und ihre Fragen zum Thema Rechtsstaat vorbringen und diskutieren können.

Edgar Franke erhielt Besuch von 50 Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis

Der Besuch des Deutschen Bundestages begann mit einer Besichtigung des Plenarsaals und einem Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments. Dann folgte die Diskussion mit dem Abgeordneten Dr. Edgar Franke. Bei der Besichtigung der Glaskuppel des Reichstages gab es auch das traditionelle gemeinsame Foto.



Der zweite Tag begann mit einer Stadtrundfahrt unter politisch-historischen Gesichtspunkten und der Besichtigung weiterer Highlights von Berlin. Im Anschluss daran gab es eine Führung durch das

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Willy-Brandt-Haus. Den Abschluss bildete der Besuch der Ständigen Ausstellung im Deutschen Historischen Museum.

Der dritte Tag war geprägt von Informationsgesprächen im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat in Berlin-Tiergarten.

Edgar Franke: „Ich freue mich über Besuche aus Schwalm-Eder und dem Frankenger Land! Alle sind herzlich willkommen, wenn Sie einen Blick hinter die Kulissen des Bundestages werfen und mehr über meine Arbeit im Bundestag erfahren wollen!“

Anmeldungen zu Fahrten im kommenden Jahr können im Wahlkreisbüro erfolgen.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder auf den Seiten 8 von pixabay.com.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Nach 19 Jahren CDU ist es Zeit für den Wechsel:

**Endlich Unterrichtsausfall stoppen.
Endlich bezahlbare Mietwohnungen schaffen.
Endlich Schluss mit den Staus machen.**



**Deshalb am 28. Oktober:
Beide Stimmen für die SPD.**

- 30.000 bezahlbare Mietwohnungen
- Sofortprogramm gegen Lehrermangel
- Gebührenfreie Kitas und Krippen
- Hessen-Flat für günstige Bus- und Bahntickets

Der Wechsel tut Hessen gut.
www.spd-hessen.de

V. i. S. d. P.: Nancy Faeser, SPD-Landesverband Hessen, Rheinstr. 22, 65185 Wiesbaden

